



Stadtratsfraktion

Pressemitteilung

Ansbach, 24. Oktober 2017

Schutz vor Fluglärm und Feinstaub: OB erklärt kommunalen Handlungsspielraum „erschöpft“

OLA betont Impulse durch US-Abzug: „Es ist Zeit für zivile Umnutzung in Ansbach“

Rückgabe der militärisch blockierten Flächen „Jahrhundertchance für Stadtentwicklung“

Das US-Militär verlegt derzeit weitere Rotationstruppen und Kampfhubschrauber nach Katterbach. Angesichts der Nichtumsetzung der Ansbacher Stadtratsbeschlüsse von 2009 für ein Nachtflugverbot und ein Überflugverbot hat Ansbachs Oberbürgermeisterin Carda Seidel jetzt gegenüber den *Nürnberger Nachrichten* den kommunalen Handlungsspielraum für den Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm und Feinstaub als „erschöpft ausgenutzt“ bezeichnet.

Die Stadtratsfraktion der Offenen Linken Ansbach (OLA) erklärt dazu: „Die Bemühungen der Stadt, die Interessen von Anwohner und Militärs unter einen Hut zu bringen, waren in der Tat nicht erfolgreich gewesen. Bundes- und Landesregierung haben sich nicht einen Millimeter auf Ansbach zubewegt. Damit ist klar, dass ein erträgliches Nebeneinander von Kampfhubschraubern und Wohnbevölkerung nicht möglich ist. Die Konsequenz darf jedoch nicht die kommunalpolitische „Erschöpfung“ sein. Vielmehr muss Ansbach jetzt deutlicher die Interessen der hier lebenden Menschen und die positiven Impulse des US-Abzugs für ein starkes und attraktives Oberzentrum in der Vordergrund stellen. Gerade mit Blick auf eine wachsende Stadt mit vielerorts fehlenden Flächen ist es Zeit für zivile Umnutzung.“

Die Rückgabe der militärisch blockierten Liegenschaften innerhalb der Stadtgrenzen ist in den Augen der OLA eine „Jahrhundertchance für Stadt- und Regionalentwicklung“. Mehrere Fliegen könnten so mit einer Klappe geschlagen werden: Neben der Erweiterung der Hochschule auf dem Barton-Areal seien Flächen in Katterbach mit ihrer guten Verkehrsanbindung hervorragend für Gewerbeansiedlungen geeignet: „So werden wir attraktiv für innovative Unternehmen, und das ohne zusätzlichen Flächenfraß.“ Zudem könnten auf dem Umlas zahlreiche Bauplätze und bezahlbarer Wohnraum zentrumsnah geschaffen werden. „Ansbach bedarf keiner Kampfhubschrauber. Zukunftsfähige Stadt braucht Studierende, gut entlohnte Arbeitsplätze und Wohnflächen für Familien. Das sollte Politik hörbar nach Berlin und München kommunizieren.“

gez.

Boris-André Meyer, Fraktionsvorsitzender